

## **Stellungnahme der Islamischen Glaubensgemeinschaft zu den jüngsten Reaktionen der Politik**

Wien (OTS/IGGiÖ) - Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) ist eine staatlich anerkannte Religionsgesellschaft mit einem verfassungsrechtlich garantierten Bereich der inneren Angelegenheiten. Dazu zählen insbesondere die Auslegung der Glaubensgrundsätze und die Glaubensausübung. Ob und allenfalls wie eine Kopfbedeckung zu tragen ist, fällt in die Zuständigkeit dieser inneren Angelegenheiten.

Die Auslegung der islamischen Glaubenslehre liegt nicht in der Kompetenz der Politik oder Parteien, sondern stellt die ureigene Aufgabe der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich dar.

Die IGGÖ unterstreicht hiermit erneut, dass das freiwillige Tragen eines Kopftuches ein Teil der Glaubenspraxis und des Islams ist. Kinder sind von religiösen Verpflichtungen ohnehin ausgenommen. Allerdings darf vorausgeschickt werden, dass jegliche politischen Zwänge, Verbote oder Gebote gegenüber muslimischen Kindern, als Eingriff in unsere inneren Angelegenheiten zurückzuweisen sind. Wir als die islamische Glaubensgemeinschaft sind stets um den Dialog zur Verbesserung der Lebensumstände der MuslimInnen in Österreich bemüht, allerdings basiert der aktuelle Diskurs um die Bekleidungswahl der Musliminnen sichtlich nicht auf evidenzbasierten konstruktiven Ansätzen.

Es besteht die Vermutung, dass erneut Symbol- und Verschleierungspolitik auf dem Rücken der muslimischen Minderheit in Österreich ausgetragen wird. Bedauerlicherweise werden erneut Kinder als emotionalisierender Faktor in der Debatte instrumentalisiert. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt müssen wir feststellen, dass die Intention eine weitere Diskriminierung und Benachteiligung von MuslimInnen auf dem Bildungsweg bis hin zur Hochschule ist. Die Begründung, man würde dadurch muslimische Mädchen bzw. Frauen vor Diskriminierungen schützen, halten wir in weiten Teilen für unangebrachten Zynismus. Gegen diskriminierende Gesetze und Repressalien werden wir stets entschieden und mit allen uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln vorgehen.

Den Versuch gewisser PolitikerInnen, die IGGÖ als eine

Organisation in Verbindung mit dem „politischen Islam“ bzw. „Islamismus“ zu bringen, verurteilen wir auf das Schärfste. Unliebsame Meinungen in einem infantilen Affekt mit dem „politischen Islam“ zu assoziieren, ist symbolisch für die oberflächliche Politik, die sich seit einigen Jahren von antimuslimischen Ressentiments nährt.

An dieser Stelle wäre es angebracht zu betonen, dass der Islam in Österreich bereits seit 1912 den Status einer anerkannten Religionsgemeinschaft genießt und wir uns den österreichischen sowie europäischen Werten zutiefst verbunden fühlen. Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich involviert sich nicht in parteipolitische Angelegenheiten und erwartet sich vonseiten der PolitikerInnen, Achtung der Deutungshoheit unserer Organisation in Bezug auf den islamischen Glauben in Österreich.

In diesem Sinne wünscht sich die IGGÖ eine reflektierte, evidente und Minderheiten gegenüber sensible Art der Politik entsprechend unseren europäischen Normen und Werten. Wir möchten uns bei dieser Gelegenheit für die starke Solidarität und Unterstützung aus der österreichischen Gesellschaft herzlich bedanken.

Für etwaige Fragen stehen wir gerne zur Verfügung. E-Mail-Adresse für Rückfragen: [office@derislam.at] (mailto:office@derislam.at)

~

Rückfragehinweis:

Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich  
Bernardgasse 5, 1070 Wien  
E-Mail: office@derislam.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/13413/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0190 2018-04-11/14:52

111452 Apr 18

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180411\\_OTS0190](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180411_OTS0190)